

# Riesaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift: Tagesblatt Riesa.  
Gesamt Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Weißen, sowie des Gemeinderates Gröbba.

Postfachkonto: Dresden 1330  
Stadtkasse Riesa Nr. 12.

Nr. 52.

Donnerstag, 2. März 1922, abends.

75. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 11.— Mark einschließlich Dringertlohn. Einzelnummer 50 Pf. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 48 mm breite, 8 mm hohe Grundstichzeile (7 Silben) 2.50 Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Nachzahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Tägliches Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Verlegerischen Einrichtungen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Danner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Söhnel, Riesa; für Anzeigentel: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Ein Herrenrad, schwarzer Rahmenbau, und eine graue Boa (türkisches Fuchs) sind als gefunden abgegeben worden.  
Riesa, am 2. März 1922.  
Der Rat der Stadt Riesa — Fundamt —.

## Anzeigen

für die abends erscheinende Ausgabe des Riesaer Tageblattes werden bis spätestens früh 10 Uhr (möglichst tags zuvor) erbeten. Geschäftsstelle des Riesaer Tageblattes, Goethestr. 59.

## Vertikales und Sächsisches.

Riesa, den 2. März 1922.

— \* Volksammlung für das notleidende Alter. — Altershilfe des Deutschen Volkes. — Zur Durchführung der Volksammlung für das notleidende Alter wurde gestern nachmittag im Sitzungssaal des Rathauses ein Hauptauswahlausschuss für den Wohlfahrtsverband Riesa, Gröbba, Weißen, Wochra und Merzdorf gebildet. Er setzt sich zusammen aus den Vertretern der genannten Gemeinden, sowie folgender Vereine und Verbände: Albertshilfverein, Frauenverein, Arbeiter-Schutzverband, Gewerkschaftsrat, Deutscher Beamtenbund, Innungsausschuss, Verein der Kleinrentner und Rentnerverband der Arbeiter- und Altersinvaliden. Der Ausschuss nahm zunächst Kenntnis von den vom Sächsischen Landesauswahlausschuss aufgestellten Richtlinien und wurde sich sodann darüber schlüssig, in welcher Weise das Sammelwerk im hiesigen Wohlfahrtsverband durchgeführt werden soll. Zur Aufklärung sei erwähnt, daß die Sammlung im ganzen Reich vorgenommen wird und ein Unternehmen der Organisationen der freien Wohlfahrtspflege ist. Als Hauptsammlertage sind für den Freistaat Sachsen der 11. und 12. März bestimmt worden. Über schon jetzt ist bei den unten genannten Sammelstellen Gelegenheit gegeben, eine Gabe darzubringen. Der hiesige Hauptauswahlausschuss rechnet auf die oft betätigte Opferwilligkeit und den bewährten Gemein Sinn der Bevölkerung aller Kreise. Die Altershilfe des deutschen Volkes will in allen Orten unseres Vaterlandes eine Bewegung entfachen oder verstärken, die sich besonders der Hilfe des Alters annimmt. Das Hilfswerk bezweckt ebenso sehr die Sammlung und Verteilung materieller Hilfsmittel wie die Belebung und Aufbarmachung aller der Triebkräfte, welche eine Selbsthilfe auf gemeinschaftlicher Grundlage, die Hilfe durch Familienangehörige, Nachbarn und Menschenfreunde auslösen. Im letzten Menschenalter hatte sich die Meinung herausgebildet, daß die Fürsorge für alte Leute gesichert sei und es neuer Einrichtungen nicht bedürfe. Die katastrophale Notlage der alten Leute, wie sie sich gegenwärtig als Folge der Teuerung, der Wohnungsnot und der zunehmenden allgemeinen Verarmung zeigt, öffnet uns erst die Augen dafür, wieviel Verstumtes wir nachzuholen haben. Vor kurzem hat das Reich durch ein besonderes Gesetz Mittel bereit gestellt, durch die es gemeinsam mit den Kommunen Notstandsmaßnahmen für die Empfänger von Alters- und Invalidenrenten durchführt. Ebenso hat das Reich Mittel bewilligt, aus denen unter Zustimmung seitens der Länder und Gemeinden den notleidenden Kleinkapitalrentnern Zuschüsse gewährt werden sollen. Damit sind große Lücken geschlossen. Aber es bleibt eine erhebliche Zahl alter Leute übrig, welchen die staatliche Hilfsaktion nicht zugute kommt oder bei denen aus besonderen Umständen diese Zuschüsse nicht ausreichen. Unter diesen Umständen muß es als eine vornehmliche Aufgabe der freien Wohlfahrtspflege betrachtet werden, durch eine Volksammlung die erforderlichen Geld- und Sachspenden aufzubringen, um auch den übrigen zu helfen. Im Sächs. Landesauswahlausschuss haben sich Organisationen verschiedener Richtung zusammengefunden, um so verdienstlich, daß es hier wie bei anderen Aufgaben der freien Wohlfahrtspflege eine trennende Unterscheidung der Partei, der Konfession und sonstiger Richtungen gibt. Das Altershilfswerk tritt unter Zeitumständen an die Öffentlichkeit, die unserem Vaterland eine schwere Opfer auferlegen. Man könnte sagen, die Zeit sei nicht günstig, um einen Aufruf an die breiten Kreise unseres Volkes zu richten. Vergessen wir jedoch nicht, daß die kommende schwere Zeit besonders drückend für die große Zahl der alten Leute sein muß, die bisher schon unter barten Entbehrungen zu leiden hatten! Wie möchten sagen, gerade weil die nächste Zukunft uns so schwere Lasten aufbürden wird, deswegen dürfen wir die nicht vergessen, welche unter dieser Bürde sonst zusammendringen würden. Spende und Hilfe an jeder daher nach seinen Kräften. Sammelstellen sind: Riesaer Bank, Allgemeine Deutsche Kreditbank, Commerz- und Privatbank, Firma G. W. Seurig, Stadthauptkasse, Sparkasse, Stadtkasse, Riesaer Tageblatt, Riesaer Neueste Nachrichten, Annahmestelle für die Volkszeitung, Riesaer Bank Filiale Gröbba, Allgemeine Deutsche Kreditbank Filiale Gröbba. In den Gemeinden Gröbba, Weißen, Merzdorf und Wochra werden überdies Spenden in den Gemeindevorständen entgegen genommen.

— \* Verhandlung. Am 18. und 19. ds. Mts. findet in Riesa der 20. ordentliche Tag des Gau Freistaat Sachsen im Deutschen Nationalen Handlungsgehilfenverband und der 14. sächsische Handlungsgehilfentag statt, zu welchen Veranstaltungen eine große Zahl Teilnehmer aus ganz Sachsen erwartet wird. Der Tagung wird am 18. März nachmittags 3 1/2 Uhr im Hörsaal des Saal abgehalten werden, während der Handlungsgehilfentag am 19. März 10 Uhr vormittags im Sternsaal seinen Anfang nehmen wird. Für Sonnabend abend ist bei Hofner eine Begrüßungsfeier vorgesehen worden. Der Sonntag-Nachmittag wird durch die Sitzungen des Gauvorstandes, der Kreisvorstände und der verschiedenen Fachgruppen ausgefüllt werden, welchen Veranstaltungen sich voraussichtlich am Sonntag abend eine Abschlussfeier anschließen wird. — Von auswärts werden etwa 400 bis 500 Teilnehmer erwartet, deren Unterbringung für die Nacht in den Gasthäusern bei weitem nicht möglich ist. Die Ortsgruppe Riesa richtet daher im Anwesenheit vorliegender Nr. an die

Einwohnerschaft die Bitte, Privatquartiere zur Verfügung stellen zu wollen.

— \* Das Ortskartell Riesa vom Deutschen Beamtenbund teilt uns mit, daß bei der Nachprüfung des Ortsklassenverzeichnisses die Orte Riesa und Gröbba nach Ortsklasse B, Merzdorf, Wochra, Köberau und Weißen nach Ortsklasse C, Rausch, Wochra und Triekwitz nach Ortsklasse D verlegt worden sind.

— \* Fahrabdiesskahl. Am 25. Februar vorm. gegen 11 Uhr ist vor der hiesigen Ortskrankenkasse ein Damenlohrad Wert 1500 M., Marke „Deat“, schwarzer Rahmenbau, schwarze Felgen, gelber Kleiderstich und Topfbohrerlauf gestohlen worden. Für die Wiedererlangung des Rades ist eine Belohnung von 300 M. ausgesetzt.

— \* Das erste Frühlingsgewitter trat in der vergangenen Nacht hier auf, begleitet von starkem Wind und einem kräftigen Regen. Nach der elektrischen Entladung waren von ziemlicher Heftigkeit. Der Frühling hat für seine Borelligkeit also sein Donnerwetter weg. Das Berliner Wetterbureau rechnet damit, daß das warme Wetter noch einige Zeit andauern wird. Es sei aber sehr wahrscheinlich, daß noch im Laufe des März eine vorübergehende Kälteperiode einsetzt, die dann besonders durch strenge Nachfröste in Erscheinung treten werde. Zunächst dürfte aber doch noch das milde Wetter mit seinem steten Wechsel zwischen Regen und Sonnenschein vorherrschen. Bei uns hat das Gewitter der vergangenen Nacht zunächst einen Rückgang der Temperatur zur Folge gehabt.

— \* Der Untersuchungsausschuss für den Fall Lohse. Der Untersuchungsausschuss für den Fall Lohse vernahm am Mittwoch mehrere Zeugen, die auf Veranlassung der sozialdemokratischen Ausschussmitglieder Cahan, Langhans und Böckel geladen worden waren. Zunächst verlas Justizminister Dr. Feigener eine sehr ausführliche Ausarbeitung des Hilfsarbeiters im Justizministerium Dr. Mittel über die unerquicklichen Spannungen, die beim Amtsgericht Leipzig sich zwischen dem Präsidenten und den Beamten entwickelt haben. Dr. Feigener meinte, daß diese Vorkommnisse grundlegend seien für die Beurteilung der Aussagen des früher vernommenen Zeugen Frische, der als rechte Hand des Amtsgerichtspräsidenten ja nur dessen Befehle ausgeführt habe. Frische sei gewissermaßen als Opfer eines Vorgesetzten aus seinem bisherigen Wirkungsbereich entfernt worden, nachdem das Ministerium vergeblich versucht habe, den Amtsgerichtspräsidenten zur Aufgabe seines Postens zu bewegen. Dr. Feigener habe auch erwoogen, um Frische die Juridizikation schmackhafter zu machen, ihn zum Justizamtmann zu befördern. Das sei daran gescheitert, daß Frische noch eine größere Reihe von Vorkommnissen habe und daß der Justizminister nach den Erfahrungen im Falle Lohse die Luft verloren habe, Beförderungen außer der Kräfte anzusprechen. Der Vorsitzende und der Berichterstatter des Ausschusses stellten fest, daß der Zusammenhang zwischen den Amtswirksamkeiten des Leipziger Amtsgerichtspräsidenten und den Aussagen Frische nur sehr locker sei und für den Ausschuss bei der Beurteilung auszuweichen habe. Auf Verlangen des Berichterstatters gab Dr. Feigener es als „wohl möglich“ an, daß er über Frische mit Lohse verhandelt und daß dessen Urteil über Frische scharf und temperamentsvoll geklungen habe. Zeuge Amtsgerichtsrat Dr. Reinhardt sollte in der Hauptphase über die Spannung zwischen dem Leipziger Amtsgerichtspräsidenten und seinen Untergebenen ausfragen. Dieser Gegenstand war aber vorher zum Ausschuss als nicht zur Sache gehörig bezeichnet worden. Ein weiterer Zeuge wachte über die dienstlichen Leistungen Lohses nichts auszusagen, ein anderer sprach sich in dieser Beziehung nicht unglücklich für Lohse aus. Der Zeuge Köhler brachte eine Menge Beschwerden gegen Frische zur Sprache. Abg. Cahan (Soz.) nahm einen Zwischenfall zwischen dem Berichterstatter und dem Zeugen Dr. Reinhardt zum Anlaß, die Unbefangenheit des Berichterstatters zu bezweifeln. In der späteren nichtöffentlichen Verhandlung ist die Angelegenheit ausgegraben und zugunsten des Berichterstatters entschieden worden.

— \* Die Ertragsregelung in den sächsischen Staatsforsten. Der Zustand des sächsischen Staatsforstes war um das erste Drittel des vorigen Jahrhunderts wenig günstig. Die Nutzung, die 1817/36 jährlich 411 456 Festmeter für Drehholz betragen hatte, sank im Jahrzehnt 1837/46 auf 370 828 Festmeter, obwohl sich die Holzbestände infolge des Zuwachses von 143 261 Hektar auf 145 484 Hektar erhöht hatte. Die über 80-jährigen, also hiebsreifen und anhebend hiebsreifen Bestände umfaßten nur 12 000 Hektar oder 11 Prozent des Holzbestandes. Als durchschnittlicher Masenertrag ergaben sich aus dem Verhältnis der Nutzung an Hauptbestandsmasse (370 268 Festmeter) zur Jahresschlagfläche (1810 Hektar) nur 230 Festmeter für 1 Hektar. Durch vorzügliche Nutzung, die im Jahrzehnt 1884/73 einem 116-jährigen Umtrieb entsprach, wurde erreicht, daß der Holzvorrat von 22 840 000 Festmeter im Jahrzehnt 1844/53 auf 37 000 000 Festmeter im Jahrzehnt 1884/73 anstieg und die über 80-jährigen Bestände 18 000 Hektar oder 14 Prozent des Holzbestandes einnahmen.

— \* Der Fall v. Rostk-Wallm. Die „Jittauer Morgenzeitung“ berichtet über die Sitzung in der Kreis-Amtshauptmannschaft Waugen, die sich nach Beledigung der Tagesordnung mit den Angriffen auf den Baugner Kreis-Amtshauptmann in der Weise befaßte, daß der dienstlichste anwesende Behördenvorstand im Namen der Anwesenden folgende Erklärung abgab: „Es liegt kein Anlaß vor, bei dieser Gelegenheit über die frühere Beamtenpolitik der

sächsischen Regierung kritisch zu sprechen; das ist eine politische Frage, die in dieser dienstlichen Zusammenkunft auszusprechen hat, aber es erscheint angebracht und geboten, folgendes zum Ausdruck zu bringen: 1. Im Interesse der Staatsautorität, vor allem auch in einem demokratischen Staate, ist es zu beklagen, wenn ein Minister einen im Dienst befindlichen höheren Staatsbeamten seines Ressorts, der in seiner derzeitigen Amtsführung der gegenwärtigen Regierung pflichttreu dient, zu kompromittieren sucht unter Vermeidung auf frühere, in der Zeit des alten Regierungssystems liegende Amtshandlungen. 2. Die kritischen Betrachtungen über die frühere Diensttätigkeit des Herrn Kreis-Amtshauptmanns sind nicht geeignet, das Vertrauen und die Wertschätzung zu beeinträchtigen, die sich der Herr Kreis-Amtshauptmann als solcher durch seine wohlwollende, warmherzige und sachliche Behandlung der Interessen seines Regierungsbezirks erworben hat. Insbesondere sind keine Wahrnehmungen nach der Richtung verschiedener Behandlung einzelner Wirtschaftsgruppen, Stände oder Schichten zu machen gemessen.

— \* Transportarbeiterstreik in Waugen und Dresden. Seit Mittwoch früh streiken in Waugen infolge von Lohnbesserungen die Transportarbeiter. Infolge dessen ist die An- und Abfuhr von Gütern zur Bahn durch die Expediteure vollständig lahmgelegt. Auch der Postbetrieb wird infolgedessen beeinträchtigt, als keine Pakete mehr bestellt werden können. Es werden nur die Paketarten ausgeführt, und die Empfänger müssen ihre Pakete selbst von der Post abholen. — Wie in Waugen sind auch in Dresden gefahren die Transportarbeiter sämtlicher Expeditions-Geschäfte in den Streik getreten. Zur Zeit finden zwischen den Parteien Verhandlungen im Arbeitsministerium statt. Es handelt sich in erster Linie um die Schaffung eines neuen Manteltarifs. — Wie eine spätere Meldung besagt, haben auch in Leipzig die Transportarbeiter am Mittwoch vormittag die Arbeit wegen der Nichtbewilligung ihrer Lohnforderungen niedergelegt. Man hofft, die Verhandlungen, die gegenwärtig in Dresden geführt werden, baldigt zu einem befriedigenden Ergebnis zu bringen, um schwere Schädigungen der Leipziger Frühjahrsmesse hinten zu halten. Auch die Leipziger Gattbaugewerbetellen befinden sich in einer Lohnbewegung; doch hofft man, den Ausbruch eines Streikes vermeiden zu können.

— \* Der bayerische Ministerpräsident Graf Lerchenfeld wird nach einem kurzen Besuche der Leipziger Messe am 8. oder 9. ds. Mts. zu einem Besuche der sächsischen Regierung in Dresden eintreffen.

— \* Gesetzentwurf über Erhöhung der Schreibgebühren. Die Tagesordnung der Donnerstag-Sitzung des Landtages enthält u. a. einen Gesetzentwurf über die Erhöhung der Schreibgebühren und der Gerichtskosten. Der Gesetzentwurf sieht vor, daß das letzte Gesetz vom 15. November 1920 abgeändert wird. Die Beträge sollen dahin geändert werden, daß die Beträge der Schreibgebühren von einer auf 8 Mark für den Bogen, von 2 auf 4 Mark für das Blatt und von 1 auf 2 Mark für die Seite erhöht werden. Das Gesetz über die Gerichtskosten vom 21. Juni 1900 wird ebenfalls abgeändert. Es handelt sich um Erhöhungen von durchschnittlich 100 Prozent.

— \* Wochenbericht des Landesamts für Arbeitsvermittlung, 20. bis 25. Februar 1922. Die Lage des Arbeitsmarktes hat sich in der Berichtswochen etwas günstiger gestaltet. Infolge Rückganges des Frostes konnten die Außenberufe zum großen Teil ihre Tätigkeit wieder aufnehmen, wodurch namentlich die Zahl der arbeitssuchenden Bauhandwerker und Erdarbeiter merklich zurückging. Die Nachwirkungen des Eisenbahnstreiks sind noch nicht restlos behoben, sodaß einzelne Firmen infolge Kohlenmangels noch verhalten arbeiten müssen. Die Vermittlungstätigkeit war reger. Die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Dienstkräften und Wägen besteht unverändert fort. Die Vorarbeiten für die Vermittlung von Saisonarbeitskräften sind soweit abgeschlossen, daß Anfang März die ersten Transporte abgehen können. Der Stolberger Bergbau hat weiteren Bedarf an inländischen Arbeitern unter 35 Jahren zu Untertagebau, der aber infolge Logismangels nicht gedeckt werden kann. In der Dien- und Porzellanindustrie arbeiten über 1000 Arbeiter verhalten. Die Metallindustrie ist nach wie vor gut beschäftigt. Namentlich im Schwarzenberger Bezirke konnte der Bedarf an Facharbeitern und weiblichen Arbeitskräften noch nicht gedeckt werden. Auch der Beschäftigungsgrad der Textilindustrie ist noch im allgemeinen gut. Dagegen verschlechterte sich die Lage der Säckfabrikation. Namentlich mehrten sich die Entlassungen von Stäckern, Auspassern und Fädelern. Im Säckergewerbe hielt die gute Beschäftigungsmöglichkeit teilweise an, teilweise trat eine Verschlechterung ein. Im letzten besten Geschäftszustand steht nach wie vor die Lederhandschuhindustrie. Die bedeutende Nachfrage nach Facharbeitern kann nicht gedeckt werden. Im Holzgewerbe und Schnittholzgewerbe hält die gute Lage weiterhin an. Der Mangel an guten Möbelschneidern, Polierern, Möbelschneidern, Drechslern und Spezialisten der Sägebranche macht sich immer empfindlicher bemerkbar. Nach Wägen war nur vorübergehend infolge der Brotpreiserhöhung größerer Bedarf an Ausschulkräften. Die Sägewarenindustrie arbeitet voll und hat weiteren Bedarf an geübten Fachkräften, insbesondere Bombentochern für die Osterfalten. Langsam aber stetig vergrößert sich die Zahl der arbeitssuchenden Zigarrenarbeiterinnen. Überordentlich bedauernd ist die Lage im Schneidergewerbe.



regiert, der kanadischen Regierung gestellt hat, bringt diese in eine unangenehme Lage. Den Dschoborszen ist alles auszuweichen; auch ein Massenmord ihrer Kinder und Weiber. Eine derartige grausige Tat kann aber keine Regierung zulassen. Jedenfalls ist es den Dschoborszen auf diese Weise gelungen, die Aufmerksamkeit auf die Steuerlasten zu richten, mit denen sie geplagt sind, und das ist wohl der Hauptgrund des merkwürdigen Ultimatum, das sie gestellt haben.

### Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 2. März 1922.

#### Aus dem besetzten Gebiet.

**X B I n.** Wie die „Adriatische Zeitung“ aus Düsseldorf meldet, beantragen gestern die Verhandlungen des französischen Kriegesgerichts der 6. Rheinarmee gegen 29 der Besatzungsdienst beschuldigten Einwohner Düsseldorf. Die bisher vernommenen Angeklagten erklärten, nichts gegen die Besatzungstruppen geplant zu haben, da sie nur Mithilfe aufgetragen wären, wenn nach Abzug der Besatzungstruppen im Lande Unruhen ausbrechen würden. In der Nachmittags-Sitzung wurden von den 29 Angeklagten nur noch 21 vorgeführt, da, wie das Blatt erzählt, das Kriegesgericht das Verfahren gegen 8 Personen eingestellt hat. Die Verhandlungen werden heute fortgesetzt.

#### Lord George droht mit seinem Rücktritt.

**X B I n.** Eine Londoner Meldung der hier erscheinenden „Globe“ besagt, daß Lord George an Chamberlain einen Brief gerichtet hat, in dem er ihm auseinandersetzt, daß er nicht länger mit ihm zusammengehen könne, wenn Sir George Younger als Wortführer der konservativen Partei auftreten würde. Er wolle mit Chamberlain und Balfour zusammenarbeiten, solange sie Wortführer der Partei seien. Den Führern des unionistischen Flügels der Koalition kündigt er an, daß sie zwischen der Alternative zu wählen hätten, entweder sei die Koalition vollkommen loyal oder er trete als Ministerpräsident und Führer der Koalition zurück.

#### Die Verhandlung gegen Smeets.

**X B I n.** In der Verhandlung vor der Kölner Strafkammer gegen den Redakteur Joseph Smeets lehnte dessen Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Wolf-Düsseldorf wieder alle Mitglieder des Richterkollegiums der dritten Strafkammer wegen Befangenheit ab. Ein Gerichtsbeschluss wies jedoch den Einspruch zurück. Smeets gab sodann eine Erklärung ab, daß ihm eine Verleumdung des Reichspräsidenten durch Wiedergabe des Auflasses des Redakteurs Bartels vollkommen ferngelegen habe. Eine Verleumdung des Reichspräsidenten beginge er schon deshalb nicht, weil diese im Widerspruch stehen würde zu seiner Politik, eine Lösung der Rheinlandsfrage auf friedlichem Wege herbeizuführen. Die Verhandlung wurde sodann abgebrochen und auf Freitag vertagt.

#### Derter kündigt um seine politische Existenz.

**X B a s e l.** Der frühere braunschweigische Ministerpräsident Sepp Derter setzt den Kampf um seine politische Existenz hartnäckig fort. Trotdem er aus der USPD ausgeschlossen worden ist, fand er kürzlich in einer öffentlichen Versammlung der Unabhängigen auf und beteiligte sich an der Aussprache. Er betonte, daß er der Erwerbspolitik der Rechtssozialisten Braunschweigs geopfert worden sei. Als Urheber dieser Erwerbspolitik bezeichnete er den Mehrheitssozialdemokraten Dr. Jaspars. Er werde sich ihr in keinem Falle beugen. Die Versammlung kam zu dem Beschluß, daß sie über den Fall Derter nicht zu entscheiden habe.

#### Rheinlandspfer „Stadt Zürich“.

**X B a s e l.** Am Mittwoch führte der erste in der Schweiz im Auftrag der Schweizerischen Schleppliftfabrikanten-Gesellschaft auf der Schiffswerft in Augg hergestellte Rheinlandspfer „Stadt Zürich“ seine erste Versuchsfahrt auf der Strecke zwischen Basel und Augg aus.

#### Die deutschen Viehlieferungen an Jugoslawien.

Wie n. Aus Belgrad wird berichtet: Das Vieh, welches Deutschland auf Grund des Versailler Vertrages an Jugoslawien abgeliefert hat, ist bekanntlich nicht nach Jugoslawien gekommen, sondern wurde von einer jugoslawischen Gesellschaft, an deren Spitze auch ein Sohn des Ministerpräsidenten Boschitsch steht, mit enormem Gewinn an die Schweiz weiterverkauft. Die Pariser Reparationskommission, welche davon Mitteilung erhalten hat, erstellte der deutschen Regierung den Auftrag, weitere Viehlieferungen an Jugoslawien einzustellen. Seit in den letzten Tagen ist zwischen der Reparationskommission und der jugoslawischen Regierung eine Vereinbarung aufgefunden worden, derzufolge Deutschland auch den Rest des Viehs nach Jugoslawien liefern soll. Die jugoslawische Regierung muß sich aber verpflichten, das Vieh im Lande selbst zu verteilern.

## Harte Köpfe.

Roman von Maria Verbeand.

„Wie, und Du wirst sie nicht heiraten?“  
Er schüttelte den Kopf. „Aber über ihre Herz hinweg — — und dann, meine Mutter.“

Agnes erblickte langsam. Sie sank auf die gegenüber befindliche Bank. Jetzt erst bemerkte sie, daß der alte Befehrer nicht mehr bei ihnen war. Aber ehe sie sich über das Gedächtnis, das ihn fortgerissen haben mochte, klar geworden, war er schon wieder da, bog die Kiste der Kasse aufeinander, um einen anderen hereinzulassen, sagte: „Hier, bitte!“ und verschwand.

Harry Schmitzer war es, der eingetreten: „Na, Gott sei gekommen und gewissen — hier! ich bald gefagt!“ sprach er, beim Anblick der beiden atemlos. „Ich bitte um Verzeihung, Frau Schmitzer, daß ich Ihnen muß, aber ich freue mich wirklich sehr, ausnehmend sehr. Also hier bist Du, Udo! Aber nun zeig' Dich mal schnell in Lebensgröße, als ein vom Tode Auferstandener, hier, außerhalb — ich komme nämlich in keiner geringeren Begleitung, als in der von Mama.“

Udo erhob sich. Aber Heinrich war ihm schon zuvorgekommen und führte eben Frau von Lessenheim heran. „Na, Du kannst die doch denken!“ sprach Harry, während sie ihre entgegenstritten, „wenn Du solche Streiche machst!“ — Das heißt, mir wurde auch nicht besser, als gestern Dein Pferd ohne Dich ankam. Ich such' ich noch zu verheimlichen und streifte auf eigene Hand den Wald ab; aber weiß der Teufel, die Sorge um Dein teures Haupt war bei der weiblichen Dienerschaft so groß, daß sie's ihr doch nicht verschweigen konnten — na, und was sie da angegeben hat die ganze Nacht —“

Udo empfing die weinende Mutter in seinen Armen. Harry winkte dem Kaiser, zu warten, und folgte den anderen zu der Türe, wo Agnes ihnen entgegenstand; in ihrem schlichten, blauen Morgenkleid, mit ihrem blauen, verwelkten Gesicht, aber das aber ein Glanz von Freude ausgegossen war, wie sie zuvor. Sie blühte mit Göttern und doch in weicher We-

# Wohnungen gesucht.

Anlässlich des am 18. und 19. März 1922 in Riesa stattfindenden Gau Freistaat Sachsen im Deutschen Handlungsgesellen-Verein sind etwa 400 bis 500 auswärtige Teilnehmer für eine Nacht unterzubringen. Da die in den Gasthäusern vorhandenen Betten bei weitem nicht ausreichen, so ergeht an die Einwohnerschaft Riesa die Bitte, für Bereitstellung von Privatquartieren Sorge zu tragen.

Meldungen mit Preisangabe baldigst erbeten an Prokurist Max Jahn, i. S. Hugo Runkel, Riesa.

Ortsgruppe Riesa im D. H. V.

### Jagdhund

(Händln), braun, auf Namen „Däne“ hörend, abhanden gekommen, Abzugeben gegen hohe Belohnung bei Adressat Weidhorn, Gröba. Vor Ankauf wird gewarnt.

### Armbanduhr

Dienstag abend verloren. Gegen Belohnung abzugeben auf dem Hauptamt der Volkswacht.

### 30 Mann sucht Schlafstelle.

Offerten unter R B 8492 an das Tageblatt Riesa.

1-2 Zimmermööbliertem alleinst. Herrn od. Dame vermietbar (keine Fam.-Wohnung). Off. u. R P 8490 an Tabl. Riesa.

### Laden

in der Hauptstraße zu mieten gesucht. Off. unter R T 8494 an das Tageblatt Riesa.

### 8000 Mark

Betriebskapital geg. Sicherheit auf ein Jahr gesucht. Offerten unter R S 8493 an das Tageblatt Riesa.

Junges Mädchen, 22 Jhr., sucht ab 15. März Stellung in kinderlos. Haushalt, ev. bei alt. Ehepaar. Off. an Fr. Gentschel, Lager Zeitbain, D. H. V.

Jüngere Aufwartung für 1/2 Tag gesucht. Frau Maria, Tebrant, Bismarckstr. 38.

### Aufwartung

für vormittags gesucht. Wettinerstr. 4, 1. r.

Saubere, fleißige Aufwartung sofort gesucht. Hotel Stadt Dresden.

### Dienstmädchen

in gute Stellung bei hohem Lohn, mögl. sofort gesucht. W. Becker, Chemnitz, Ob. Georgstr. 5.

### Sauberes Hausmädchen

gesucht. Hina Margenberg, Hauptstr. 64.

Für die anlässlich unserer Vermählung und in so reichem Maße zuteil gewordenen Aufmerksamkeit und Geschenke danken zugleich im Namen unserer Eltern herzlich. Claus Runkel, 26. 2. 1922. Otto Schneider und Frau Frieda geb. Böhmig.

Wer eine offene Stelle schnell zu besetzen wünscht sollte deswegen seine Anzeige im täglich erscheinenden „Rieser Tageblatt“ veröffentlichen, das durch seine Verbreitung bei der Einwohnerschaft in Riesa und in den angrenzenden Landortschaften für Stellenanzeigen das beste Hilfsmittel ist. — Anzeigenannahme täglich von der Geschäftsstelle in Riesa, nur Goethestr. 59.

Sauberes Dienstmädchen mit Kochkenntnissen per sof. od. 15. 3. in dauernde Stellung gesucht. Hoher Lohn, keine grobe Arbeit, gut eingerichtete Zimmer mit Zentralheizung u. elektr. Licht. Frau H. Schulz, Marmorwerke.

Fleißiges, durchaus ehrliches Hausmädchen wegen Verheiratung des liebigen per 1. April gesucht. Martha Otto, Gröba, Riesaer Straße 18.

Ehrliches Mädchen für Haus- und Küchenarbeit gesucht. Restaurant Gute Quelle, Riesa. Suche zum 15. 3. od. später junges, kinderloses Mädchen aus guter Familie für alle Arbeiten im Haushalt bei evtl. Familienanschluss. Oberleutnant Wilmann, Lager Zeitbain.

Ein fleißiges, sauberes Hausmädchen nicht unter 20 Jahren, sucht Frau O. Beate, Goethestraße 88, 1. Ein ordentlich. Mädchen für einige Vormittagsstunden gesucht. Gaubitzstr. 24. Suche für 15. 3. oder 1. 4. ein sauberes, solides Hausmädchen. Frau Kate Cadvari, Rail.-Witb.-Wah 10a. Gesucht wird für ein fleißiges Büro 1 Fräulein geübten Alters, Bedingung flotte Handschrift, Maschinenschreib., Stenogr., fäh. Rechnen. Bewerbungen unter R U 8496 an das Tageblatt Riesa. Suche für Oktober 1922 für meine Buchdruckerei einen Lehrling. Gustav Müller, Stebenlehn.

Wohnung gesucht, welcher Lust hat Wohnung zu werden, findet in erlichem Hause Wohnung für 2 Personen 10:2 gute

### Sehr Stelle.

Schneiderei Weiden.

Jüngerer Wirtschaftsgeselle oder Knecht sofort gesucht. Fortia, Riesa.

Wirtschaftsgeselle für meinen Landgut bei hohem Lohn für sof. gesucht. Nähere Auskunft erteilt Edwin Schumann, Varkir. 14.

### Schneidergeselle

guter Arbeiter, sofort gesucht. Fr. Weber, Hauptstr. 59.

Fleißigen, selbständigen Schuhmachergesellen sucht Schuhhaus Hermann, Hauptstr. 39a.

### Einen Leblen

Anspanner bis 10 Jahr sucht für sofort Rittergut Bromitz bei Riesa.

### 1 Pferd besetzt

und jüngere Nachb. auch durch Vermittlung, sucht Rindler in Gröba.

### Metalbetten

Stahlmattrosen, Kinderbetten dir. an Priv. Katalog 497 frei. Eisenmöbelfabrik Zuhl (Zähr.).

### Eine Schlauchzige

zu verkaufen. Gröba, Döbner Str. 16.

### Reife Handboten-Göhne

zu verk. Riesaerstr. 9, 1. l.

### Guterhaltene Piano

aus Privatband zu kaufen gesucht. Angebote unt. G an „Streblar Wochenblatt“ ev.

Gehr. gut. Kinderwagen zu kaufen gesucht. Offerten unter R X 8488 an das Tageblatt Riesa.

Guterh. moderner Kinderwagen zu kaufen gesucht. Angebote unter R O 8489 an das Tabl. Riesa erbeten.

Ein großer gut. Kleiderkasten zu kaufen gesucht. Offerten unter R Q 8491 an das Tageblatt Riesa.

### Geschäftliche und private

Druckfachen aller Art werden bei sauberster u. geschmackvoller Ausführung in kürzester Zeit angefertigt von d. Tageblatt-Druckerei Riesa, Goethestraße 59.

mut und Resignation auf die Mutter des Geliebten. Frau von Lessenheim bot ihr die schmale Hand. Sie sah furchtbar mitgenommen aus nach der verstorbenen Nacht, ein verächtliches, fadenes Gesicht, menschlichen Lebens nur noch, aber vornehm wie immer und rührend zugleich.

„Mein Kind,“ sagte sie, „kam Udo zu Ihnen? Wussten Sie —“

Agnes schüttelte den Kopf. „Nein,“ sprach sie aus zugschütteltes Kopfe, „es war Zufall.“

Nicht Zufall, Mama,“ unterbrach sie Udo, der den Blick nicht von ihr lassen konnte. „Wah zog die Sehnsucht her, obwohl ich fühlte —“

Die Mutter lehnte den Kopf an seine Schulter. „Mein Sohn, da Du so viel daran liegt — Dein Glück ist ja mein Glück. — Dieses Fräulein — die Verhältnisse schienen mir ein Hindernis, nicht Ihre Person. Ich achtete Sie immer hoch. Wenn Sie — wenn vielleicht später —“

„Mama!“ rief Udo hingerissen, ihr Haar, ihre Stimm klang und kühlte sie zur Dank. Sie lehnte sich wieder an ihn. „Nicht zu spät,“ sagte sie mit ihrem liebreichenden Duldsüßeln. „Denn meine Zeit ist vielleicht kurz, und ich möchte, anstatt, daß wir alle noch eine solche Nacht erleben wie diese, ihn — Sie beide glücklich sehen.“

Agnes war vor ihr niedergesunken und lehnte schluchzend das Haupt an ihre Stirn.

Udo hob sie auf und umschloß feuchten Kusses mit festem Druck ihre Hände. — Harry und der alte Befehrer wandten sich ab.

„So wird die Jugend besetzt,“ sprach Harry nach einem kleinen Pause, während sie beide langsam den Gartenweg hinabschritten, „und die Rücksichtigkeit muß zusehen, wie sich's gebührt und sich den Wind wischen.“

Heinrich trödelte sich schon wieder die Augen. „Für Sie kommt's noch,“ tröstete er, „da, er wies mit dem Kopf zurück, „war zuerst an der Reihe.“

„Närrisch, der Diebingssohn!“ sprach Harry mit vergnügtem Lächeln, und sie wandten sich wieder um.

### Die Verwandtschaft.

„Sie haben erklärt,“ sprach der Rechtsanwalt zu der Frau, „der Beklagte sei eine Art Vetter von Ihnen. Darf ich Sie bitten, den Grad der Verwandtschaft etwas näher zu bestimmen.“

„Gern,“ versetzte die Angeredete. „Also die Cousine meines ersten Mannes und die Tante der ersten Frau meines zweiten Mannes heirateten Brüder, namens Lehman, und diese waren Vetter von der Tante meiner Mutter. Außerdem waren sein mütterlicher Großvater und mein mütterlicher Großvater Nachgeschwisterkinder, und sein Stiefvater heiratete die Stiefmutter meines ersten Mannes und sein Bruder Joseph und meines zweiten Mannes, Bruder Heinrich heirateten Zwillingsschwester, die wieder Cousinen einer Schwägerin meines ersten Mannes waren. Ich habe nie ganz genau gewußt, wie ich eigentlich mit ihm verwandt bin, aber als eine Art Vetter habe ich ihn immer angesehen.“

„Verschiedene Auffassung von Verwandtschaft,“ Majestä, ich bitte um Gerechtigkeit,“ mit diesen Worten beschloß ein mächtiger Schankwirt das Dittgeuch, in dem er sich bei Friedrich dem Großen um Bestrafung eines von ihm gepöbelten Bauern bemühte, weil dieser ihn gründlich geprügelt hatte. Das Gericht hatte ihn mit seiner Klage abgewiesen, weil der Birt des Falles nicht überführt worden war und deswegen die Prügel verdient hatte. Als nun der König Untersuchung verlangte und dadurch den Zusammenhang erlahen hatte, schrieb er an den Rand der Dittschrift: „Gerechtigkeit ist ihm ja eben mit den Prügel widerfahren!“

„Ganz recht,“ entgegnete der Rechtsanwalt, „Ihre Erklärungen sind vollkommen befriedigend.“

„Sagentlich,“ Rindin, die stets müde, zum Überdauern: „Haben Sie frische Bier?“ — „Jawohl, gnädige Frau.“ — „Und können Sie mir auch wirklich welche geben, in dem frische Hühner sind?“ — „Jawohl, gnädige Frau, nehme Sie diese, dafür kann ich garantieren, es sind Entener.“

„Individuelle Erklärung.“ Sohn: „Vater, was ist denn eine emangipierte Frau?“ Vater: „Das ist eine Frau, die ihren Kopf für sich hat und sich damit auf die Stirn schlägt.“



### Nach Irland — Ägypten.

Mit dem starken realpolitischen Sinn, der die neuzeitlichen Machtkommen des römischen Weltmarktgedankens auszeichnet und zur Lösung bestellter Fragen fähig macht, ist Großbritannien daran gegangen, seine Herrschaftsform in den verschiedenen Kronländern und Dominionen dem überall erwachenden Nationalgefühl anzupassen. Das Problem, bei der irischen wie bei der ägyptischen Frage, besteht darin, den Vasallenländern das Gefühl weitestgehender Selbstständigkeit zu geben, ohne das reale Machtgebäude des Reiches zu erschüttern. Der augenfälligste Erfolg einer solchen Politik, die nicht etwa erst auf den Kriegesjahre, sondern auf einer Jahrhunderte alten traditionellen geschulten Fähigkeit des Selbstfühlers in fremde Bedürfnisse beruht, war die Umwandlung Südafrikas aus einem höhergestellten Feinde zu einem treuen Anhänger, ja, zu einem selbstbewußten politischen Sekundanten der Londoner Regierung. Wie weit die innere Bekämpfung Irlands auf dem gleichen Wege erfolgreich sein wird, läßt sich heute noch nicht übersehen. Das schließt bei der Lösung aller dieser Fragen der britische Standpunkt sich grundsätzlich durchsetzen wird, ist wohl kaum zu bezweifeln, da die Führer der nationalistischen Bewegungen in den Ländern ganz genau wissen, wie unverwundbar britische Staatsmänner an den Grundgesetzen der Nachsicherung des Reiches festhalten, unerschütterlich der Bereitwilligkeit zu weitestgehenden Entgegenkommen in kulturellen oder auch politisch-besonderen Dingen auf der anderen Seite.

Die „Befreiung“ Ägyptens hat eine lange Vorgeschichte. Nachdem im Jahre 1882 die Engländer mit der Invasion der ägyptischen Abhängigkeit vom Großherrscher in Konstantinopel Schluss gemacht und das Protektorat, das heißt die Besitzergreifung in vollem Umfange eingeführt hatten, regte sich sehr bald der Widerstand in der Bevölkerung. Der Großvezier Abul Kaschaf mußte sein Amt niederlegen, weil London zunächst gar kein Entgegenkommen gegen die Unabhängigkeitswünsche zu zeigen für sich hielt. Auch die Vertreter gemäßigter Parteien wickelten sich, ein Kabinett zu bilden, weil sie ihrem Volke gegenüber das Odium des britischen Satrapen nicht auf sich nehmen konnten. Als es dann zu blutigen Aufständen kam, die ebenso blutig unterdrückt wurden, wurde der Führer der Nationalpartei, Ragul, des Landes verwiesen. Mit Energie und Gehalt hielt er die nationale Bewegung vom Auslande aus in Fluß. Ein Hauptziel der ägyptischen Unabhängigkeitsbewegung ist bekanntlich Berlin, wo verschiedene ägyptische Zeitschriften und Korrespondenzen zum Teil in deutscher Sprache herausgegeben werden und wo die ägyptische Kolonie keine Gelegenheit zu Demonstrationen gegen den englischen Vertreter vorübergehen läßt. Feldmarschall Lord Kitchener sah sich gezwungen, persönlich nach London zu reisen, um den immer unruhiger werdenden Zuständen ein Ende zu machen. Er rief zum Einlenken. Das Ergebnis seiner Bemühungen liegt jetzt vor.

Lord Georges' Erklärungen im Unterhause, über die wir bereits gestern berichtet haben, verleihen dem Lande eine formale Selbstständigkeit. Das Protektorat wird aufgehoben, Ägypten darf sich „nationale Einrichtungen schaffen“, die den Wünschen des ägyptischen Volkes entsprechen. — Ägypten darf eine eigene Regierung mit Vertretern des diplomatischen und konsularischen Dienstes berufen und zwar auf Grundlage einer Volksvertretung. Tatsächlich wird die Stellung Ägyptens durch alle diese Maßnahmen nicht verändert. In seiner Erklärung an die übrigen britischen Dominionen teilt Lord Georges mit, daß die Aufhebung des Protektorates keine Veränderung des bisherigen Zustandes in der Stellung der übrigen Mächte gegenüber Ägypten mit sich bringt und daß es keiner anderen Macht gestattet werde, die besonderen Beziehungen Großbritanniens zu Ägypten zum Gegenstand einer Erörterung zu machen. Mittäglich wird sich ebenfalls nichts ändern. England behält sich die „Verteidigung Ägyptens“ vor, es sichert sich seine Verbindungslinien. Besonders schwer wird die Bestimmung empfunden werden, daß England weiterhin den Sudan selbst in der Hand behält und damit der beachtlichsten Großmachtsentwicklung Ägyptens einen Stempel vorsetzt.

Es ist kaum anzunehmen, daß die ägyptischen Nationalparteien, auch nicht die gemäßigten Richtungen, sich mit den augenblicklichen Zugeständnissen begnügen werden. Die zahllosen Parteien werden im Gegenteil diese Zugeständnisse als eine Verhöhnung des ägyptischen Unabhängigkeitsstrebens ansehen und sie zum Gegenstand einer neuen leidenschaftlichen Propaganda machen. In ihren wesentlichen Punkten gehen ja die neuen Erklärungen Lord Georges gar nicht über die fertig belämpften Ministerialentwürfe hinaus, die, in der Form allerdinge noch unverhüllt, ebenfalls eine Verflechtung des Protektorates bedeuteten. Lord Georges hat gesprochen. Sicherlich nicht das letzte Wort. Daß aber alle Wünsche der Nationalparteien befriedigt werden, ist unendlich, weil England niemals auf die tatsächliche Nachausübung auf allen Etappenwegen seines großen Reiches verzichtet wird.

### Die freien Sachleistungen.

Ueber die Verhandlungen von Vertretern der Reparationskommission in Berlin sind bereits in den letzten Tagen vielfache Meldungen in die Öffentlichkeit gelangt. Man mußte aus ihnen, daß eine Abänderung der Sachleistungsverträge, die im Wiesbadener Abkommen enthalten sind, erfolgt ist, und zwar derart, daß ausländischer Bezahler und deutscher Lieferant nunmehr direkt miteinander in Verkehr treten sollen, während nach dem Wiesbadener Abkommen auf beiden Seiten staatliche Instanzen dazwischen geschoben waren. Man mußte ferner, daß das System der Sachleistungen über Frankreich hinaus auch auf andere empfangsberechtigte Staaten ausgedehnt worden ist. In diesen beiden Hinsichten werden nun auch amtlich Details mitgeteilt, während über andere Meldungen, die im Zusammenhang mit dem Besuche Himmelfahrs in Berlin aufgetaucht sind, — Meldungen über endgültige Festlegungen der Reparationspflichtsumme pro 1922 — bisher mindestens noch keine offizielle Mitteilung erfolgt ist.

Was die Sachleistungen anbelangt, so ist jetzt jedenfalls festgestellt, daß jeder der reparationsberechtigten Vertragsstaaten das Recht hat, sowohl die ihm zustehenden Sachleistungen als auch die ihm laut Vertrag sonst zustehenden Lieferungen in Sachleistungen für den Wiederaufbau anzufordern. Die Beträge werden dem deutschen Reiche auf Reparationskonten gutgeschrieben und werden dem deutschen Lieferanten vom deutschen Fiskus in Papiermark ausgezahlt. Nur für solche Waren, in denen für über 25 Prozent Auslandsrohstoffe enthalten sind, erfolgt bare Bezahlung, und für Produkte der Großherrschaft erfolgt Barzahlung wenigstens in Höhe von 35 Prozent der Rechnung. Die Methode der Bezahlung soll die des einfachen Kaufes sein, d. h. der ausländische Geschäftsbetrieb wendet sich direkt an den deutschen Fabrikanten, benachrichtigt gleichzeitig seine Regierung, während die deutsche Regierung von der ausländischen und von ihrem heimischen Industriellen benachrichtigt wird. Nur Einkäufe im Betrag von über 1500 Goldmark sind erlaubt, um die Rechnung nicht mit zu vielen kleinen Zahlungen zu belasten. Das Geschäft der Bezahlung ist also im Gegensatz zum Wiesbadener Ab-

## Bereinfachung u. Verbilligung des Reichspostbetriebes.

### Eine Denkschrift des Reichspostministeriums.

Das Reichspostministerium hat dem Reichstage eine Denkschrift über die Vereinfachung und Verbilligung von Verwaltung und Betrieb der Reichspost- und Telegraphenverwaltung vorgelegt. Wo es in der Denkschrift heißt, werden die bisher eingeschlagenen und noch beabsichtigten Maßnahmen in Verbindung mit den Vereinfachungen des Geschäftsbetriebes im Ministerium selbst eine Verringerung des Personalbestandes in absehbarer Zeit zur Folge haben. Ebenso wird im Verlauf späterer Jahre eine Verringerung der Oberpostdirektionen von 45 auf 35 möglich sein. Die Arbeitszeit bedarf noch einer ins einzelne gehenden grundsätzlichen Regelung, bei der die volle Veranschlagung der Arbeitskraft ohne Durchbrechung der Grundlinien des Achtstundentages unter Vermeidung jeder Überanstrengung der Beamten sicherzustellen ist. Die Denkschrift schließt zusammenfassend, die bereits vollzogenen Vereinfachungen und Verbilligungen in der Reichspost- und Telegraphenverwaltung hätten eine Ausgabenverminderung um einige Milliarden Mark zur Folge gehabt.

### Aufklärungsarbeit im Auslande.

Scheidemann veröffentlicht im Berliner „Abt.-Uhr-Abendblatt“ einen Artikel über Aufklärungsarbeit im Auslande, der sein Vortrag in Kopenhagen gewidmet war. Auf Grund seiner Beobachtungen im Auslande behauptet er den Mangel an Propaganda durch die deutsche Presse, die im Auslande durch kurze, ausregend gefasste Artikel wirken müsse; lange Zeitartikel würden nicht beachtet. Er verweist darauf, daß die Engländer und besonders die Franzosen in Dänemark sehr lebhaft Propaganda für Entente-Politik und gegen die angebliche Böswilligkeit Deutschlands machen. Mit unferen bisherigen Methoden werde hiergegen nichts ausgerichtet. Auf seinen Kopenhagener Vortrag zurückkommend, stellt Scheidemann fest, daß die Behauptung englischer und französischer Blätter, er habe in Kopenhagen die Weisheit Deutschlands am Kriege abgegeben, eine Fälschung ist.

### Ein Gejekentwurf über Ober-Schlesien.

Der Reichsminister des Innern hat dem Reichstage den Entwurf folgenden Gesetzes zur Beschleunigung angeben lassen: Die Reichsregierung wird ermächtigt, im Verordnungswege diejenigen Maßnahmen zu treffen, die zur Überleitung des Rechtszustandes in Ober-Schlesien in dem auf Grund des Verfallens der Verträge besetzten Teile von Ober-Schlesien erforderlich sind, sobald seine Verwaltung von den deutschen Behörden wieder übernommen ist.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen in Genf. Aus Genf wird gemeldet: Wie das Völkerbundssekretariat mitteilt, hat der 7. Unterhausauschuß keine

kommen rein privater Natur geworden, es findet lediglich eine Preiskontrolle und eine Ausfuhrkontrolle durch die deutsche Regierung statt, um offensichtlich schwindelhaft oder in den Preisen übermäßige Abschlässe durch ihr Veto nicht zu machen, oder um die Ausfuhr von Abschlässen zu verhindern, die sich auf solche Waren beziehen, deren Export durch innerdeutsche Bestimmungen verboten ist. Von diesem freien Verkehr sind nur einige Gruppen von Waren ausgeschlossen, nämlich alle nicht in Deutschland selbst hergestellten Rohstoffe, ferner alle aus importierten Rohstoffen hergestellten Nahrungsmittel, schließlich die Edelmetalle, Gold, Platin und Silber.

Mit dieser Regelung ist zweifellos ein gewisser Fortschritt gegenüber dem Wiesbadener Abkommen erzielt, insofern die Wahlweise beweglicher wird, ohne daß die Gefahr des Reparationsgewinnverlustes bedeutend wächst, vorausgesetzt, daß die Preiskontrolle der deutschen Regierung wirklich funktioniert. Auch werden alle Waren jetzt grundsätzlich zum Weltmarktpreis verrechnet, für gewisse Warenanforderungen erfolgt, wie bereits bemerkt, mindestens teilweise Barzahlung und schließlich sind die Lieferungen für die Ententestaaten, die außer Frankreich noch Anspruch auf Reparationen haben, nicht mit den bedenklichen Finanzierungsmethoden verknüpft, die den Lieferungen an Frankreich in Wiesbaden einräumt werden mußten. Ob der Vertrag von Wiesbaden nunmehr von der Reparationskommission anerkannt werden wird, steht zur Stunde noch dahin.

### Die amtliche Veröffentlichung des Sachleistungsabkommens.

B. L. B. meldet aus Berlin: Das am 27. Februar parafizierte Abkommen zwischen der Reichsregierung und der Reparationskommission bezweckt die Zulassung freier Verträge zwischen deutschen und alliierten Staatsangehörigen, denen dabei bezüglich aller Vertragsbestimmungen, insbesondere der Preisbildung volle Freiheit gelassen wird, für die Durchführung der in den Anlagen II und IV des Teils VIII des Friedensvertrages vorgeschriebenen Sachleistungen. Das Abkommen soll zunächst bis zum 30. April 1923 Geltung haben. Es gewährt den reparationsberechtigten Regierungen mit Ausnahme von Frankreich eine Option, das darin vorgesehene Verfahren für sich in Anspruch zu nehmen, jedoch mit der Maßgabe, daß seine Annahme die gleichzeitige Anwendung eines anderen Verfahrens ausschließt; insbesondere wird durch dieses Abkommen jede Möglichkeit, gleichzeitig Forderungen auf Grund Anlage IV des Verfallens der Verträge oder Art. VIII des Zahlungsplanes zu stellen, genommen.

Zum Abschluß von Verträgen im Sinne des Abkommens sind außer den natürlichen und juristischen Personen seitens der reparationsberechtigten Staaten auch die durch freien Zusammenschluß von Angehörigen desselben alliierten Staates gebildeten Gruppen, sowie die öffentlichen Verwaltungen, welche für eigenen Bedarf in der durch Gesetz oder Brauch bestimmten Form kaufen, berechtigt, deutschseits im besonderen auch die Fachverbände und die Landesauftragsstellen.

Von dem freien Verkehr sind gewisse, listenmäßig bestimmte Waren ausgeschlossen, deren Ausfuhr entweder gänzlich verboten oder nur im Rahmen eines bestimmten Kontingents zugelassen ist, sowie alle Waren fremder Herkunft, soweit sie nicht auf deutschem Gebiet verarbeitet worden sind, ferner alle aus eingeführten Rohstoffen hergestellten Nahrungsmittel, schließlich Gegenstände aus Gold, Platin oder Silber. Für besonders vereinbarte Warengruppen mit einem erheblichen Gehalt an ausländischen Rohstoffen muß der Erwerber Bezahlung in Höhe eines listenmäßig vereinbarten Prozentsatzes des Rohstoffwertes zum Warenwerte leisten. Ausgenommen von dieser Be-

arbeiten über die Arbeiter- und Arbeitnehmer-Organisationen beendet. Bis auf wenige Einzelfragen ist eine Einigung erzielt worden. Nach Ansicht des Völkerbundssekretariats dürften die noch kritischen Fragen wahrscheinlich durch direktes Einvernehmen zwischen den Beteiligten geregelt werden.

### Die Vorarbeiten für die Genuefer Konferenz.

Mittwoch vormittag trat der Reparationsauschuß des Reichswirtschaftsrats zusammen, um sich mit den Arbeiten für die Genuefer Konferenz zu beschäftigen. In dieser Sitzung waren das Reichswirtschafts-, das Finanz-, das Wiederaufbauministerium und das Auswärtige Amt vertreten. Staatssekretär Strick vom Reichswirtschaftsministerium eröffnete die Sitzung mit längerer Ausführungen, in denen er u. a. sagte, die Arbeiten der Regierung seien in vollem Gange. Sie könnten jedoch zu keinem Abschluß gelangen, bevor die Vertreter der verschiedenen Stände und Berufe ihre Ansichten zu erkennen gegeben hätten. Staatssekretär Strick hat am Schluß seiner Ausführungen um ein Gutachten des Reparationsauschusses über die Vorbereitungen für die Genuefer Konferenz, zu der die Ausprache beteiligten sich der Vorsitzende des Reichsverbandes der deutschen Industrie Geheimrat Wäcker und Hugo Stinnes. Es wurde schließlich beschlossen, die wirtschaftspolitischen und die Verkehrsfragen den entsprechenden Ausschüssen des Reichswirtschaftsrates zu überweisen. Darauf wurde das Sachleistungsabkommen mit der Reparationskommission besprochen.

### Ein Sozialdemokrat über die letzten Streiks.

In der sozialdemokratischen Versammlung in Wilmsdorf am Dienstag, wo der Minister Seering infolge der lärmenden kommunistischen Opposition seinen Vortrag abbrechen mußte, sprach auch der frühere preussische Finanzminister Lohmann über die letzten Streiks. Was die Störungsversuche durch die Kommunisten betreffe, so sei derjenige, welcher eine Arbeiterversammlung behindere, der wirkliche Verräter der Arbeiter. Ueber die Streiks sagte er: Wie in aller Welt konnte man glauben, mit demartigen Streiks den Kapitalismus zu bekämpfen. Wo sehen denn die Kapitalisten, welche die wildgewordenen Eisenbahner bekämpfen wollten? Vielleicht in der Reichsregierung? Oder war etwa der sozialistische Berliner Magistrat kapitalistisch? Der Eisenbahnerstreik hat gegen die einschneidenden gewerkschaftlichen Regeln verkehrt und unletzte Gegnerlichkeit herausgefordert. Beim Berliner Streik haben weder die Organisationen, noch die Führer, noch die Ausständigen überhaupt gemerkt, weshalb eigentlich gestreikt wird.

stimmung bleiben Gegenstände, die von Kriegsbefehlshabern zum Zwecke des Wiederaufbaus von Gebäuden, Werkstätten, Fabriken und Fabrikeinrichtungen bezogen werden.

Die im Wege des unmittelbaren Verkehrs abgeschlossenen Verträge müssen Lieferungen im Werte von mehr als 1500 Goldmark zum Gegenstande haben. Eine obere Grenze ist dagegen nicht gesetzt.

Viele Lieferungen unterliegen der deutschen Ausfuhrkontrolle. Die ausgeführten Waren dürfen ausschließlich im Gebiete des beteiligten Staates (einschließlich seiner Dominions, Kolonien, Protektorate und Mandatsgebiete) verwendet oder verarbeitet werden, sobald also für sie die Wiederausfuhr ausgeschlossen ist.

Die im freien Verkehr abgeschlossenen Verträge werden durch die betreffenden alliierten Regierungen der Reparationskommission zur Genehmigung vorgelegt, die sie der deutschen Regierung mit Wirkung der vorläufigen Genehmigung zustellt. Deutscherseits kann vor Ablauf von 14 Tagen Antrag auf Aufhebung der Genehmigung gestellt werden, wenn der Vertrag in Widerspruch zum Abkommen steht, oder wenn ein offener Vertrag bezüglich der Preise oder Vertragsbedingungen vorliegt, oder wenn die Ausfuhrerlaubnis verweigert wird. Jedoch die Reparationskommission auf Grund dieses Antrages auf die Genehmigung auf, so behält der betreffende Vertrag zwischen den Parteien seine Rechtswirksamkeit, wie ein gewöhnliches Handelsgeschäft, es sei denn, daß die Vertragschließenden gegenseitige Abmachungen getroffen haben.

Die endgültige Genehmigung des Vertrages macht die deutsche Regierung verbindlich, alle dem alliierten Staatsangehörigen gegenüber dem deutschen Staatsangehörigen auf Grund des Vertrages erwachenden finanziellen Verpflichtungen (abgesehen von der Bezahlung für fremdbildliche Rohstoffe, die durch den alliierten Käufer zu erfolgen hat) zu den vereinbarten Zahlungssterminen zu übernehmen. Sie wird zu den im Vertrage für die verschiedenen Zahlungen festgesetzten Zeitpunkten der beteiligten alliierten Regierung von ihr ausgestellte Schecks überreichen. Letztere übermittelt die Schecks ihrem Staatsangehörigen, der sie dann dem deutschen Vertragsgegner ausgeben läßt. Die Einlösung der Schecks erfolgt durch die Friedensvertragsabrechnungsstelle (F.A.S.). Nach Einlösung der Schecks bewirkt die Reparationskommission die Guthabens für den Gegenwert der geleisteten Zahlung in Goldmark zu Gunsten der deutschen Regierung. Die Umrechnungen in Goldmark, sowie die Umrechnungen der in dem Vertrage festgesetzten Beträge in Papiermark geschehen für den nämlichen Tag und zwar zu den am Tage des Vertragsabschlusses geltenden Kursen.

Die deutsche Regierung übernimmt somit aus diesen Verträgen lediglich die Verpflichtung zur Ausführung bankmäßiger Zahlung, dagegen keine weiteren Garantien für Ausführung der Verträge.

Für die alliierten Regierungen, die das im Abkommen vorgesehene Verfahren annehmen, bleibt das Recht vorbehalten, ihren Staatsangehörigen Nachlässe auf die Höhe zu gewähren, und außerdem ihren Kriegsbefehlshabern die in ihrer Befehlsgewalt vorgegebenen Vorteile zuzuwenden. Dagegen darf den alliierten Staatsangehörigen kein mittelbarer oder unmittelbarer Nachschuß auf den Faktorenpreis gewährt werden, es sei denn in außergewöhnlichen Fällen oder in Fällen unbedingter Notwendigkeit. Die deutsche Regierung wird rechtzeitig Mitteilung über die bewilligten Nachschüsse erteilen.

### Die russische Frage.

Der Berichterstatter der „Times“ in Brüssel meldet: Das internationale Konfortium für den Wiederaufbau Russlands werde Mitte März gebildet. Bis her sei nichts beschlossen worden bezüglich der Sicherheiten, die den am Konfortium beteiligten Regierungen, Industriellen und

Kautschuk gegeben würden, die Waren nach Rußland lieferten. Die Regierungen erklärten in dieser Frage noch keine Übereinstimmung. Die Frage der Anerkennung der Sowjetregierung, die bei der Bonlomer Unterredung zwischen Lloyd George und Poincaré berührt wurde, werde in ähnlicher Weise in Genua erörtert werden. Jedenfalls werde die Sowjetregierung nur anerkannt, wenn sie sich den bereits von den Alliierten gefassten Beschlüssen unterwerfe. Daneben behalte sich jedoch jede Macht das Recht vor, die Möglichkeit der Anerkennung der Sowjetregierung zu erwägen. (Siehe auch unter: „Rußland“.)

## Tagesgeschichte.

### Deutsches Reich.

**Verhandlungen im Reichskohlenrat.** Im Zusammenhang mit den Beratungen über die neuen Kohlenpreiserhöhungen fand beim Reichskohlenrat auch eine Sitzung des wirtschaftlichen Sachverständigenausschusses für Kohlenbergbau statt. Dieser Ausschuss hat auf dem Gebiet der Sicherung des Bergbetriebes bereits verschiedene Arbeiten in Angriff genommen und gefördert. Es wurde beschlossen, durch namhafte Bergbetriebe die Bestrebungen zu fördern, einen wirksamen Schlagwetteranzeiger zu schaffen. Eingehend beschäftigte man sich auch mit den Fortschritten auf dem Gebiete der selbsttätigen Anzeige von Störungen in den Schächten und im Förderbetriebe mittels eines Schachtstörungsmeßers. In der Aussprache kam weiter der Gesetzentwurf über die sogenannte bergrechtliche Fürberetung zur Erörterung. Diese wesentlichen Maßnahmen sind dann bestimmt, rechtliche Hindernisse aus dem Wege zu räumen, die heute noch den Bergbau zwingen, teilweise recht unwirtschaftlich abzubauen.

**Eine Konferenz der Finanzminister in Berlin.** Die die Münchener Zeitung meldet, hat der Reichsfinanzminister die Finanzminister der Gliedstaaten zu einer Konferenz nach Berlin gebeten. Der bayerische Finanzminister ist getrennt nach Berlin abgereist. Es handelt sich um eine Besprechung über die Finanzierung und die Beamtenbesoldung.

**Die Verhandlungen zwischen Preußen und Hamburg.** Die Verhandlungen zwischen Vertretern der Preussischen Regierung und des Hamburger Senats, die Dienstagabend unterbrochen wurden, werden am 9. d. Mts. wieder aufgenommen werden. Bisher sind nur allgemeine Fragen erörtert worden.

**Warnung vor vorzeitiger Wiederaufnahme des Luftfahrtaubaus.** Die W. Z. meldet: Nach der Note der Vorkonferenz vom 1. Februar 1922 kann nach Ablauf der Frist von drei Monaten, das heißt vom 5. Mai 1922 ab, mit der Wiederaufnahme der Verkehrslinien, sowie der Einführung von Zivil-Luftfahrtaubaus gerechnet werden. Alle in Betracht kommenden Firmen werden nochmals eindringlich darauf hingewiesen, daß eine etwaige Aufnahme des Taubes usw. von Luftfahrtaubaus vor dem 5. Mai 1922 nicht nur gegen das Gesetz vom 9. Juli 1921 verstößt und die darin vorgesehenen Strafen nach sich zieht, sondern daß angeht die unzureichende Tragweite damit zu rechnen ist, daß die durch eine weitere Aufrechterhaltung des Bauverbots entstehenden Schäden gegen den Verursacher geltend gemacht werden können.

### Ungarn.

**Die neue Wahlordnung.** Graf Stefan Bethlen erklärte Vorkonferenzen, die Regierung werde entsprechend dem Ergebnis der Wahlkonferenz nächstens die Wahlordnung für die neue Nationalversammlung im Verordnungswege in Kraft setzen. Es werde dann Aufgabe der neuen Gesetzgebung sein, das eigentliche Wahlrecht zu schaffen. Die Wahlordnung wird mit der früheren Gesetzesvorlage übereinstimmen und den Wünschen der Opposition größtenteils Rechnung tragen. In Budapest und in den Königreichen Freischäben werden die Wahlen abgelehnt und in der Provinz öffentlich sein. Auf diese Weise hofft die Regierung, etwaigen Ausschüssen der Extremisten von rechts wie von links auf die wirksamste Art zu begegnen. Die Freiheit der Wahl wird durch die strengsten strafrechtlichen Bestimmungen geschützt werden.

### Frankreich.

**Eine Ausstellung der besetzten Gebiete.** Vom 15. bis 20. März findet in Nancy eine Ausstellung der besetzten Gebiete statt. Sie wird einen Überblick über den Plan für den Wiederaufbau und über die bereits geleisteten Wiederaufbauarbeiten geben.

### England.

**Ausmündigkeit Lloyd Georges?** Der Parlementsberichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, Lloyd George sei mit der augenblicklichen Lage im Parlament sehr unzufrieden. Er sei der Ansicht, daß er nicht die loyale Unterstützung erhalte, auf die er als Haupt der Regierung Anspruch habe, und daß sein Einfluß im Unterhause gänzlich geschwächt worden sei. Die Anträge gegen seine Person gestellten Lloyd Georges Stellung ähneln sehr.

**Reduzierung der Streitkräfte.** Nach Mitteilungen des Schatzkanzlers Sir Robert Dorne im Unterhause sei die Regierung der Ansicht, daß das Flottenpersonal auf 98000 Mann herabgesetzt werden kann. Für das Heer schlägt die Regierung die Streichung von 24 Divisionen, fünf Kavallerieregimentern und vierzig Prozent der Artillerie vor. Die Ersparnis hierdurch betrage für das Jahr 1922/23 181 Millionen Pfund Sterling.

### Rußland.

**Die Note Armees wird nicht herabgesetzt.** Nach Meldungen Moskauer Blätter erklärte Manuškini, daß die Sowjetregierung unter keiner Bedingung eine Herabsetzung der Roten Armee zulassen werde. Auch die Sowjetunion sei nicht geneigt, ihre Rote Armee zu verringern, und werde auch den Ententestaaten eine wirtschaftliche Ausdeutung der Ukraine nicht gestatten. Die russische Vorkriegsschuld werde sich nur zur Zahlung der russischen Vorkriegsschuld unter der Bedingung verpflichten, daß das Kapital der westlichen Staaten an dem Wiederaufbau der Ukraine und Rußlands teilnehme.

**Der vierte Jahrestag der Schaffung der Roten Armee** wurde, wie aus Moskau gemeldet wird, mit einer großen Parade begangen. Außerdem fand eine Massenversammlung im Großen Theater statt, bei der Trotski ausführte, es sei möglich, daß die internationalen Beziehungen Rußlands im Frühjahr komplizierter würden. Das Volkstariat müsse sich also vorbereiten, einen etwaigen Schlag zu parieren. Jede Woche der Verschlebung der Genua-Konferenz müsse für die Rote Armee eine Lehr- und Vorbereitungswoche sein, denn die Zeit, die Rußland notgedrungen auf dem Gebiete der Diplomatie verliere, müsse durch die Stärkung der Armee eingeholt werden. Am 1. Mai dürfe in der russischen Armee kein Anstoß mehr vorhanden sein. Trotski schloß mit den Worten: Wir wollen siegen, wir haben sie beschlossen, uns zum Kampfe vorzubereiten, wenn man uns etwas ausfällt und wir gezwungen werden zu kämpfen.

**Rußland soll in Genua die gleichen Rechte genießen.** Der italienische Minister des Auswärtigen hat dem russischen Volkstommissar für auswärtige Angelegenheiten telegraphisch mitgeteilt, daß die Sowjetdelegation auf der Konferenz von Genua dieselben Rechte genießen werde, wie alle übrigen Abordnungen.

### Amerika.

**Die Förderung der Handelsmarine.** Präsident Harding unterbreitete Dienstag dem Kongreß den Gesetzentwurf über

die Entwicklung der Handelsmarine. Die Jahressubvention beträgt 33 Millionen Dollar, die ausbezahlt werden sollen durch eine 10prozentige Abgabe von den Zollentnahmen. Die vom Schiffahrtsamt ausgestellt und zurückgehaltenen Schiffe sollen verkauft werden. Mit fremden Schiffen können nach den Vereinigten Staaten nicht mehr als 50 Prozent Einwanderer befördert werden. Der Eisenbahntarif soll für Waren, die durch amerikanische Schiffe befördert werden, herabgesetzt werden. Harding fügte hinzu, die Amerikaner müßten eine Ehre daraus machen, Transporteur der eigenen Waren zu sein.

**Die Ersparnisse der Abrikasse.** Wie die „Chicago Tribune“ aus Washington meldet, werden die infolge der Abrikasse erzielten Ersparnisse des amerikanischen Schatzamtes nach Schätzung der amerikanischen Sachverständigen in den nächsten 15 Jahren 5 Milliarden Dollar betragen.

## Ablieferung der im Jahre 1921 gefallenen Steuermarken.

Ueber die Einlieferung der für die Zeit vom 1. April bis zum 31. Dezember 1921 verwendeten Steuermarken und Markenblätter berichtet in weiten Kreisen Unklarheit. Es erhebt sich daher notwendig, die hierfür gültigen neuen Bestimmungen zusammengefaßt wiederzugeben.

Nach der Verordnung des Reichsministers der Finanzen vom 21. Dezember 1921 wird auf Grund der Reichsabgabenordnung bestimmt, daß jeder Arbeitnehmer verpflichtet ist, innerhalb des Monats Januar 1922 seine Steuerkarte und die losen Markenblätter, die für den in der Zeit vom 1. April bis 31. Dezember 1921 bezogenen Arbeitslohn zum Einkommen und Entwerten von Steuermarken verwendet wurden, der für ihn zuständigen Steuerbehörde (Finanzkasse, Hilfskasse) zu übergeben oder zu übergeben. Auch kann an Stelle des Arbeitnehmers der Arbeitgeber die Einlieferung der Steuerkarten oder Markenblätter übernehmen.

Durch die Ergänzungsverordnung vom 7. Januar 1922 wurde die obige Bestimmung dahin erweitert, daß die Landesfinanzämter die Frist für die Einlieferung der Steuerkarten und Markenblätter mit der Maßgabe anderweitig festsetzen können, daß die Frist mindestens einen Monat betragen und spätestens mit dem 31. März 1922 enden muß. Sie soll den Verhältnissen in denjenigen Bezirken Rechnung tragen, in denen die Einkommensteuerbescheide für 1920 bereits ausgestellt sind — was fast durchweg der Fall sein dürfte — und daher die Befristung im Monat Januar mit der Vereinnahmung der Einkommensteuer für 1920 sehr behaftet ist.

Steuerkarten oder Markenblätter, die bei einer unzulässigen Befristung eingeleistet werden, sind nicht zurückzugeben, sondern ohne fahrmäßige Verbindung an die für den Arbeitnehmer zuständige Steuerbehörde weiter zu leiten. Läuft die Frist am 31. Januar 1922 ab, so sind auch die nach dem 31. Januar 1922 eingeleisteten Steuerkarten und Markenblätter anzunehmen; es ist mit der Wahrscheinlichkeit zu rechnen, daß die bis zu einem noch zu bestimmenden Zeitpunkt nicht abgelieferten Steuermarken für ungültig erklärt werden.

Als zuständige Behörde dürfte nach den Ausführungsbestimmungen zum Einkommensteuergesetz die Behörde anzusehen sein, in deren Bezirk der Steuerpflichtige bei der am 20. Oktober 1921 stattgefundenen Personenstandsaufnahme gewohnt hat.

Die Finanzämter haben nach § 2 der Verordnung für weitestgehende Verbreitung im Wege der öffentlichen Bekanntmachung und für Klärung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer über die Verpflichtung zur Einlieferung der Steuerkarten und Steuermarkenblätter zu sorgen, damit eine möglichst vollständige Ablieferung der Steuermarkenblätter erfolgt wird. Die Arbeitgeber haben Anschläge über die Verordnung in den Arbeits- und Geschäftsräumen anzubringen und ihre Arbeitnehmer zur Ablieferung der Steuerkarten und Markenblätter anzuhelfen. Arbeitnehmer, die ihre Steuermarken nicht abliefern, setzen sich der Anwendung der im § 202 der Reichsabgabenordnung vorgesehenen Zwangsmaßnahmen aus und laufen weiterhin Gefahr, durch Veranlagung die Steuer für 1921 noch einmal entrichten zu müssen.

Die eingeleisteten, für die Zeit vom 1. April bis zum 31. Dezember 1921 verwendeten Steuermarken werden auf die für das Rechnungsjahr 1921 zu entrichtende Einkommensteuer angerechnet, dagegen können die bis zum 31. März 1921 verwendeten Steuermarken auf die Einkommensteuer für das Rechnungsjahr 1920 gemäß § 48 des Einkommensteuergesetzes auch weiterhin an Zahlungsstatt hingewiesen werden. Die Behörde hat über den Kennbetrag der eingeleisteten Steuermarken Quittung zu leisten.

## Neubestellungen ab 1. März

zum Bezuge des täglich erscheinend. Niefer Tagesblattes wird von allen Postanstalten, von den Zeitungsträgern und von der Geschäftsstelle, Goethestr. 59, angenommen. Der Bezugspreis auf März 1922 einschließlich Bringerlohn beträgt Mark 11.—.

## Der Oderdamm bei Breslau gebrochen.

Der „Breslauer Zeitung“ zufolge wurde in der vorletzten Nacht in Tresschen in der Nähe von Breslau der Oderdamm in einer Breite von sechs Metern durch Eismassen gebrochen. Die Einbruchsstelle erweiterte sich später bis auf 20 Meter. Die Dreier Treiden, Kott- und Reuhaus sind von der Außenwelt völlig abgeschnitten. Ein großer Teil der Röhre wurde weggeschwemmt. Die Bewohner hausen auf den Dächern und sind zum Teil nach dem landeinwärts gelegenen Dorfe Kottwitz übergesiedelt. Zahlreiches Vieh ist in den Fluten umgekommen. Menschenleben sind nicht zu beklagen. Der Schaden ist erheblich, zumal die Häuser sämtlich verschlammte sind. Der Wasserstand der Oder ist der höchste seit 1908.

## Bermischtes.

Zahlreiche schwere Einbrüche in Breslau. Dienstagabend sind hier die Wächter der Post- und Schließgesellschaft in den Streik getreten. Die Einbrecher haben sich diesen Streik sofort zunutze gemacht und in der vorletzten Nacht zahlreiche Würtische verübt. Auf einem

Kontostromhaus wurden Vorratshäute im Werte von 35000 Mark, aus einem Juwelierladen Schmuckstücke im Werte von 30000 Mark und aus vielen andern Geschäften die ausgestellten Waren von beträchtlichem Werte gestohlen.

Wegen Betruges verurteilt. Aus Halle a. S. wird gemeldet: In Rudolstadt wurde der Vorsitzende des U. S. B. D. August Etting wegen Betruges und Unterschlagung zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt.

Für 400000 Mark Seidenstoffe gestohlen. Mehrere Einbrecher, die über das Dach und durch zwei Decken kletterten, sind in der letzten Nacht in ein Geschäft in der Jerusalemstraße in Berlin eingedrungen und haben Seidenstoffe im Werte von 400000 Mark entwendet.

Mit 250000 Mark Kaffengelbern klüßtig. Einer Berliner Korrespondenz zufolge ist der Bauernfiskusrentant Beder vom Magistrat Salzweil unter Wirtshaus von Kaffengelbern in Höhe von 250000 Mark klüßtig.

Unterschlagung von Staatsgeldern. Der Bahndirektor Dohmann in Braunauweil hat Staatsgelder in Höhe von 180000 Mark unterschlagen. Er wurde verhaftet.

Ein Staubamm durchbrochen. Aus Kößlin wird gemeldet: Infolge des Hochwassers der Rahue, eines Nebenflusses der Persante, ist der im Bau befindliche Talstaubamm des Staumwerks Kohnow gebrochen. Der Staubamm in der Nähe ist fast vollständig, so daß der Verkehr auf der Strecke Bahitz-Rasow auf etwa acht Tage gestoppt worden ist.

Gewitter im Rheinland. Mittwochabend ging über das Rheinland und Westfalen das erste schwere Gewitter in diesem Jahre nieder.

Revolvergeschichte in Berlin. In einem Café in der Zimmerstraße in Berlin kam es Dienstag nachmittags nach einer animierten Sitzung zu einer Streitigkeit, in deren Verlauf der 24jährige Stellungslose Hans Rasis aus dem Lokal vertrieben und, als er nicht freiwillig das Feld räumte, etwas unsanft an die Luft gesetzt wurde. Kurze Zeit darauf versuchte er sich mit vorgehaltenem Revolver wieder Eintritt in das Lokal zu verschaffen. Als ihm dieser verweigert wurde, feuerte der Kaufmann auf der Straße sechs Schüsse ab. Während zwei Schüsse fehlgingen, verletzten die übrigen den Schlichter Karl Rindfleisch aus der Charlottenstraße in der Unterkleidsgegend und den Ringkämpfer Erich Schumann aus der Beusselstraße an der Hüfte und am Bein. Rindfleisch, den zwei Schüsse getroffen hatten, brach sofort zusammen. Der Vorfall hatte schnell eine große Menschenansammlung hervorgerufen. Mit Häufen und Stöcken stemmte man über den Täter her. Nur das Eingreifen der Polizei konnte ihn von der Unschuld retten. Er hat erhebliche Kopfverletzungen davongetragen, konnte aber nach Anlegen eines Verbandes dem Polizeigewahrsam zugeführt werden. An dem Aufkommen des Schlichters Rindfleisch wird gearbeitet.

Das Frauenrecht des Ausgehens. Der Bund der amerikanischen Frauenclubs in Philadelphia hat einen neuen „Kreuzzug“ begonnen, um seinen Mitgliedern ein wichtiges, bisher noch nicht in seiner Bedeutung erkanntes Frauenrecht zu erobern. Die Vorsitzende dieses Bundes Mrs. Henry S. Barker erklärt in einem Aufruf, daß die Hausfrau das Recht für sich in Anspruch nehmen müsse, bisweilen einen Abend allein auszugehen. Dieses ja eigentlich so selbstverständliche Recht sei aber von den Männern bisher noch nicht anerkannt. „Der durchschnittliche Ehemann“, erklärt die streitbare Dame, „findet gar nichts dabei, wenn er einen oder gar mehrere Abende in der Woche allein ausgeht. Die Frau aber soll zu Hause sitzen bei den Kindern und beim Kochen. Aber was dem einen recht ist, ist dem andern billig. Auch die Frau muß ihren Abend in der Woche haben, an dem sie sich auf eigene Faust amüsiert, und die Hausfrauen haben wirklich genug Karger in ihrem Haushalt und besonders mit ihren Männern, daß sie wohl fordernd dürfen, auch ein paar freie Abende für ihr Vergnügen zu verwenden.“

## Sport.

Niefer Sportverein. Der Nordschlesener steht am kommenden Sonntag wiederum vor einer nicht leichten Aufgabe. Bekanntlich sollen im Kreis Mittelsachsen die Meister der Gaus Nordschlesien, Mittelsachsen, Graebirge und Oberergräbige um die Kreismeisterschaft kämpfen. Der neue Kreismeister rückt ohne weiteres in die Liga auf. Unseren Gau vertritt die 1. Mannschaft des Niefer Sportvereins. Um einen Einblick in die augenblickliche Spielstärke des Mittelsachsengaus zu erhalten, wurde für kommenden Sonntag eine der spielstärksten mittelsächsischen Mannschaften, „Merkur“-Frankenberg, zu einem Gesellschaftsspiel nach Niefa eingeladen.

Was ist **min Ripiko** für ein **Lohnlohn**?

Wenn sie zum Kuchenbacken statt des achten Dr. Oetker's Backpulver „Backin“ ein minderwertiges Backpulver verwendet.

Wenn sie sich, um etwas zu sparen, der Gefahr aussetzt, einen misrätönen Kuchen zu erhalten u. Mühe u. Kosten umsonst aufgewandt zu haben.

Beim Backen ist ein gutes, erprobtes Backpulver das wichtigste! Deshalb spare sie nicht an verkehrter Stelle, denn ein minderwertiges Backpulver ist — selbst geschmeckt — noch viel zu teuer.

Mit Dr. Oetker's Backpulver „Backin“ ist jede Hausfrau gut bedient, denn damit gelingt der Kuchen immer.

Ebenso empfehlenswert sind die bekannten **Dr. Oetker's Puddingpulver**, **Dr. Oetker's Vanillinzucker**.